

Posener Zeitung.

Siebenundsechziger Jahrgang.

Nr. 473.

Freitag, 10. Juli.

(Erscheint täglich drei Mal.)

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Scht. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

1874.

Sie rätte 2 Scht. die schrägespaltene Zelle oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 8 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 9. Juli. Der König hat den Kreisger.-Dir. von Klocke in Herkohm zum Appell.-Ger.-Raath in Magdeburg; den Reg.-Assess. Hans Hermann v. Berlepsch zum Landrat des Kreises Kattowitz, den Reg.-Ass. Friedrich Heinrich Hans Ehrenreich v. Holweide zum Landrat des Kreises Babry; den Reg.-Ass. Karl Hermann Edmund von Wittken zum Landrat des Kreises Beuthen; und den Reg.-Ass. Bernhard Georg August Barthewitz zum Landrat des Kreises Tarnow erannt.

Die Berufung des ord. Lehrers Dr. August Tramm vom Marienstifts-Gymnasium in Stettin zum Oberlehrer am Gymnasium in Anklam; und am Gymnasium in Freienwalde a. O. die Beförderung des ord. Lehrers Dr. Friedrich Niedefeld zum Oberlehrer ist genehmigt, der ord. Lehrer Dr. Johann Carl Schulthes am Gymnasium in Rendsburg zum Oberlehrer befördert, bei der höhern Bürgerliche zu Guhrau dem ersten Lehrer Dr. Conr. Deventer der Oberlehrerstitel verliehen worden.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 9. Juli. Die "Ostpreußische Zeitung" veröffentlicht die nachstehende an die Landräthe der Provinz gerichtete Verfügung des Ober-Präsidenten v. Horn:

"Am 28. v. Mts. haben in Medenau, Kreises Fischhausen, und gestern in Quednau und in Trutzenau, Kreises Königsberg, Massen von Arbeitern, welche in der ausgesprochenen Absicht, Gewalt zu üben, sich zusammengetroffen hatten, an den genannten Orten einen Tumult erregt, den Aufforderungen der Amtsversteher, auseinander zu gehen, sich widerstehen, Gefangene befreit, Amtsgefängnisse zerstört und andere Gewaltthaten verübt. Leider steht zu befürchten, daß Versuche werden gemacht werden, dergleichen baudauerliche Vorgänge zu wiederholen, und daß innerhalb der Arbeiterkreise oder außerhalb derselben stehen, welche bestehen sind, der unwissenden, leicht irre zu leitenden Menge über die Absicht und Wirklichkeit der durch die neue Kreisordnung geschaffenen Einrichtungen falsche Vorstellungen beizubringen, um sie zu Gemüththolen zu versuchen. Es ist also gegenwärtig geboten, daß die Behörden und Beamten, insbesondere die Herren Landräthe und Herren Amtsversteher, zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung die größte Wachsamkeit und Energie eintreten lassen. Es wird darauf ankommen, daß da, wo über die Wirklichkeit der neuen Polizeibehörde sich irgende Vorstellungen gebildet, denselben durch Belehrung thunlichst entgegengewirkt, wo dies aber keinen Erfolg verspricht, oder erzielt, und Ruhestörungen zu befürchten sind, durch unverzügliche Entwicklung der vorhandenen Polizeikräfte jeder ungewöhnlichen Ansammlung von Menschen und jeder Ruhestörung womöglich vorgebeugt, und wenn abzusehen, daß mit Hilfe von Amtsdienern und Gendarmen die Ruhe nicht aufrecht zu erhalten oder wiederherzustellen ist, rechtzeitig militärische Hilfe in Anspruch genommen wird. Die Herren Amtsversteher werden da, wo Ruhestörungen zu befürchten sind, mit den Herren Landräthen sich schleunigst in Verbindung zu setzen und zu erhalten, und bei denselben die Vorlehrung der geplanten Sicherheitsregeln zu beantragen haben. Wie militärische Hilfe unabkömlich nötig, wird solche von den Herren Amtsversteher direkt nur im Falle äußerster Gefahr, sonst von den Herren Landräthen bei dem betreffenden Militärrkommando zu beantragen, und seitens des letzteren nach gehöriger Darlegung des Bedürfnisses voraussichtlich sofort gewährt werden. Die Herren Landräthe wollen von dieser Verfügung, wenn und wo in ihren Kreisen Anlaß vorhanden, den Herren Amtsversteher Mithellung machen."

Koblenz, 9. Juli. Der Kaiser machte gestern im offenen Wagen eine Fahrt durch die Hauptstraßen und Plätze von Koblenz und besichtigte auch die im Sicherheitshafen liegenden Fluss-Kanonenboote. Den Nachmittag brachten beide Majestäten auf Schloss Stolzenfels zu. Heute früh 8 Uhr hat der Kaiser die Reise nach Mainau angetreten. Die Kaiserin begleitete ihren Gemahl bis zum Bahnhofe, wo die Später der Behörden zur Verabschiedung erschienen waren.

Versailles, 9. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde eine Botschaft des Marschall-Präsidenten verlesen, in welcher derselbe zur Beruhigung und Sicherheit des Landes auf unverweilte Erledigung derjenigen konstitutionellen Vorlagen besteht, die für die Handhabung der ihm auf 7 Jahre übertragenen Gewalt nicht länger entbehrlieh sind und in welcher er erklärt, daß er das Ministerium beauftragt habe, der konstitutionellen Kommission unverzüglich diejenigen Punkte zu bezeichnen, auf denen er hauptsächlich bestehen müsse. Die Botschaft wurde von den Rechten und dem rechten Centrum mit Beifall aufgenommen. Casimir Périer beantragt, die Versammlung solle die konstitutionelle Kommission auffordern, ihren Bericht sofort vorzulegen. Der Wunsch des Marschall-Präsidenten stimme mit seinen eigenen bezüglichen Wünschen durchaus überein und es sei nothwendig den Gewalten des Marschalls in einer prinzipiell fest bestimmten Regierungsfom eine Stütze zu geben. Der Vorsitzende der konstitutionellen Kommission, Batbie, erklärt den Antrag Périers für überflüssig, weil die Kommission schon Montag den fraglichen Bericht erstatten lassen werde. Périer zieht in Folge dessen seinen Antrag zurück. Vom Abgeordneten Duval wird hierauf der Antrag auf Auflösung der Nationalversammlung eingereicht. Es wird beantragt, die Wahlberechtigten zur Bannahme der Neuwahl der Nationalversammlung zum 25. Oktober d. J. zusammen zu berufen, die dermalige Nationalversammlung soll erst nach Einberufung der neu zu wählenden aufgelöst werden. Die Dringlichkeit dieses Antrags wird indeß abgelehnt. Ebenso wird die Dringlichkeit für den weiteren Antrag Herbe de Saix's abgelehnt, daß die jetzige Nationalversammlung nicht eher auseinandergehe, als bis die Reorganisation der Armee gesichert sei. Die Versammlung tritt darauf in die Beratung des Unteroffiziergesetzes ein.

London, 9. Juli. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde ein von Bourke vorgelegter Gesetzentwurf, wodurch die bisherigen Bestimmungen über das internationale Autorenrecht abgeändert werden, in erster Lesung angenommen.

Nach hier eingegangenen Nachrichten haben seit gestern circa 20,000 Kohlenbergwerks-Arbeiter in Süd-Yorkshire die Arbeit

niedergelegt, weil sie auf eine Herabsetzung der Löhne um 12½ p.C. nicht eingehen wollen. Es heißt indeß, daß dieselben eine Herabsetzung der Löhne um nur 10 p.C. anzunehmen geneigt seien.

Ryde, 8. Juli. Der Kronprinz des Deutschen Reichs und von Preußen und die Kronprinzessin werden sich morgen nach Gosport begeben und von dort aus der Königin Victoria in Windsor einen Besuch abstellen.

Die Stellung der königl. sächsischen Regierung zum Reiche.

Auch dem Königreich Sachsen werden schon seit einiger Zeit Thatsachen gemeldet, welche, selbst wenn man sich bemüht, der königl. sächsischen Regierung die besten Absichten beizumessen, in ihrem Zusammenhang keine andere Deutung zulassen, als die, daß in allen Fragen, wo nicht geradezu eine vertragsmäßige Pflicht dem Reiche gegenüber zu erfüllen ist, von Seiten der königl. sächsischen Regierung eine dem Reiche unfreundliche Tendenz zur Sache getragen wird, damit Niemand im Lande Sachsen sich mit Unkenntnis der von Regierungswegen gewünschten Haltung entschuldigen könne. Es genügt für einen Staatsangehörigen des Königreichs Sachsen, daß er seiner Freude über die neue Ordnung der Dinge im Reiche öffentlich Ausdruck giebt, daß er den Einrichtungen, welche vom Reiche ausgehen, lautes Lob spendet, daß er den Personen, welche um die Ehre und Größe des Reichs sich mühen, Zeichen der Theilnahme zuwendet, ja daß er bei irgend welcher feierlichen Gelegenheit im Schmuck seines Hauses den Farben des Reichs neben den sächsischen Landesfarben eine etwas reichlichere Entfaltung gestattet, um von den dienstreichen Organen der königlichen sächsischen Regierung als ein "Landesverräther" der Verachtung aller guten Sachsen überantwortet zu werden. Gewiß man würde vergeblich eine Haussuchung in den Büros der sächsischen Behörden anstellen, um amtliche Schriftstücke ausfindig zu machen, in welchen von den Vorgesetzten den Untergebenen Weisungen in dem eben gedachten Sinne ertheilt werden; indessen müssen die Untergebenen doch wissen, daß es ihnen bei ihren Vorgesetzten Gunst einträgt, wenn sie den reichsfreundlichen Elementen, über welche sich ihre Amtsbefugniß erstrecken, die ganze Verworflichkeit ihrer Abwendung von dem allein gestatteten Kultus eines ungetrübten Sachsentums fühlbar machen.

Die königlich sächsische Regierung kann wegen einer solchen dem Reiche unfreundlichen Tendenz, welcher sie, worüber nach den Thatsachen kein Zweifel obwaltet, soweit ihre Macht reicht, Vorschub leistet, natürlich nur von dem sächsischen Landtag zur Rechenschaft gezogen werden, da, solange sie sich keiner Pflichtverletzung dem Reiche gegenüber schuldig macht, in der Reichsverfassung keinerlei Handhabe sich findet, um vom Reiche her auf eine Remedy hinzuwirken, indessen wird der Reichstag doch nicht umhin können, bei seinen Entschließungen jene dem Reiche unfreundliche Tendenz der königl. sächsischen Regierung sich vor Augen zu halten und danach die von derselben etwa ausgehenden Vorschläge einer scharfen Prüfung zu unterziehen. Die große Mehrheit des Reichstages wird gewiß der Ansicht sein, daß eine solche Haltung zum Mindesten nicht noch durch besondere Rücksichten zu belohnen ist. In den letzten Tagen hat sich nun etwas ereignet, was geradezu zur ernstesten Kritik der königl. sächsischen Regierung herausfordert. Während ein in Leipzig erscheinendes, durch seine Reichsfreundlichkeit hervorragendes Blatt, das "Leipziger Tageblatt", unter dem Vorzeichen, daß dasselbe gegen die königl. sächsische Regierung feindselig gesinnt sei, dadurch zu bestrafen sucht wird, daß den städtischen Behörden Leipzigs, deren reichsfreundliche Gesinnung ebenfalls bekannt ist, verboten wird, demselben ihre amtlichen Bekanntmachungen zugehen zu lassen, und ihnen für die Veröffentlichung der letzteren ein anderes Blatt, welches sich wegen seiner geringen Verbreitung dazu in minderer Grade eignet, vorgeschrieben wird, erscheint als hervorragender und mit Namen genannter Mitarbeiter einer in Dresden neu begründeten Zeitung "Debatte", welche gegen das deutsche Reich ganz offenen Widerstand predigt und für das Königreich Sachsen auf Grund des zum großen Theil "slavischen Ursprungs" seiner Bevölkerung eine "Mittelstellung" zwischen der deutschen und statistischen Staatenwelt in Aufpunkt nimmt, der Bureaucrat des slavischen Büros im königl. sächsischen Ministerium des Innern Dr. Th. Petermann.

Es ist nicht anzunehmen, daß dieser, wie er selbst schreibt, mit der wissenschaftlichen Verarbeitung der vom königl. sächsischen statistischen Bureau und mit den literarischen Angelegenheiten derselben betraute Beamte wegen seiner Auslassungen in der "Debatte" von seinen Vorgesetzten mit Ungunst behandelt zu werden beforgt. Beide Vorkommnisse im Zusammenhang betrachtet, lassen die sich immer weiter verbreitende Ansicht, daß auf Seiten der königl. sächsischen Regierung dem deutschen Reiche gegenüber eine unfreundliche Tendenz herrsche, als eine leider der Begründung nicht entbehrende erscheinen. Es ist im Interesse aller Beteiligten zu wünschen, daß auf der schiefen Ebene, welche die königl. sächsische Regierung hinabgleitet, dieselbe noch rechtzeitig Halt machen werde.

BAC.

Isolierung der strengen Legitimisten. Es ist fast überraschend, wie sehr die Zahl derselben zusammengeschmolzen ist, da ungeachtet der äußerst vorsichtigen Fassung der Tagesordnung Bruns nur 80 Stimmen für dieselbe zu gewinnen waren, während noch Tags zuvor auf 120–140 Stimmen für ein viel schärferes Auftreten gerechnet wurde. Dieses Resultat trotz des persönlichen Hervortretens des Grafen Chambord, muß als eine definitive und vielleicht unwiderrufliche Niederlage der Legitimität in Frankreich erachtet werden, und nach Lage der Dinge ist hiermit eine Niederlage der Orleanisten unmittelbar verknüpft. Die Imperialisten werden sich bei den Legitimisten für das Ergebnis dieser Kampagne zu bedanken haben. Augenblicklich ist der Erfolg freilich zu Gunsten der Befestigung der Mac Mahon'schen Regierung, und es wird, wie schon jetzt angedeutet, auf die Entschiedenheit und Zuverlässigkeit derselben ankommen, in wieviel sie sich weiter befestigt. — Der Minister des Innern hat sich vor Kurzem gegen die Ansicht ausgesprochen, daß gegen eine von dem Landrat unter Zustimmung des Kreisausschusses ausgesprochene Verfassung der Bestätigung der Wahl eines Gemeindevorsteher oder Schöffen die Beschwerde an die Bezirksregierung zulässig sei. Diese Entscheidung gründet sich auf folgende Erwägungen: Indem das Gesetz die Verfassung der Bestätigung der Wahl eines Gemeindevorsteher oder Schöffen die Beschwerde an die Bezirksregierung zulässig sei. Diese Entscheidung gründet sich auf folgende Erwägungen: Indem das Gesetz die Verfassung der Bestätigung der Wahl eines Gemeindevorsteher oder Schöffen von der Zustimmung des Kreisausschusses abhängt, legt dasselbe in denjenigen Fällen, in welchen der Landrat Bedenken trägt, die Verfassung seinerseits zu ertheilen, die Entscheidung der Frage, ob die Bestätigung zu versagen oder zu ertheilen sei, in die Hand des Kreisausschusses. Der Ausspruch des Kreis-Ausschusses ist für den Landrat bindend. Je nachdem der Kreis-Ausschuss der Verfassung oder Bestätigung zustimmt oder nicht, hat der Landrat die Bestätigung zu versagen oder zu ertheilen. Aus dem Umstände, daß die die Nichtbestätigung eines Gemeindevorsteher oder Schöffen aussprechende Verfassung formell von dem Landrat erlassen wird, kann von der Regierung eine Befugnis, über Beschwerden gegen derartige Verfassungen zu entscheiden, nicht hergeleitet werden, denn die Verfassung des Landrats gründet sich auf eine materielle Entscheidung des Kreis-Ausschusses und würde die Regierung bei der Prüfung der Beschwerde über die Entscheidung des Landrats auch die Richtigkeit der Entscheidung des Kreis-Ausschusses zu prüfen haben. Eine solche Befugnis steht aber den Bezirksregierungen nach der Tagesordnung nicht zu, welche nur in Sachen gewerblicher Anlagen und in Dismembrations-Angelegenheiten eine Verfassung gegen die Entscheidungen des Kreis-Ausschusses gestattet. — Vor dem Antritt des Urlaubs des Vice-Präsidenten des Staatsministeriums wird vermutlich noch die Ernennung des ersten Mats im Staatsministerium zur formellen Erledigung kommen, nachdem eine Verständigung über die betreffende Persönlichkeit auch dem Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck gegenüber bereits stattgefunden hat.

Wie mehrere Blätter berichten, hat der deutsche Kaiser zu dem Ordensjubiläum des Kaisers Franz Joseph nach Wien einen Glückwunsch gesendet, der in sehr warmen Worten seiner Freude, daß die alten Waffengenossen thalenhauer Zeit sich wieder zusammengefunden, und zugleich seiner Zuverlässigkeit Ausdruck giebt, daß diese Genossenschaft neue Prüfungen nicht zu fürchten haben und dem Welttheil den von Allen gleichmäßig ersehnten Frieden auf lange Jahre hinaus zu sichern in Stande sein werde. — Es möchte wohl das erste Mal sein, daß ein fremder, nicht deutscher Fürst den ohnehin seltenen Titel eines General-Obersten von der Infanterie mit dem Range eines General-Feldmarschalls erhält, wie ihn am 1. d. M. der Prinz Friedrich der Niederlande (Wittwer der jüngsten Schwester unseres Kaisers) erhalten hat. Bekanntlich erhält der Kaiser, als Prinz von Preußen, von seinem Bruder den Titel "General-Oberst der Infanterie", welcher bis dahin in dem preußischen Heere nicht bekannt war. Prinz Friedrich der Niederlande dirkte dem letztern übrigens schon über 60 Jahre angehören. Bis zum Jahre 1870 wurde kein Mitglied des Königsbaues zum General-Feldmarschall ernannt, und die ersten Ausnahmen davon wurden nach dem Falle der Festung Metz mit dem Kronprinzen und dem Prinzen Friedrich Karl gemacht.

— Betreffend die einheitliche Ordnung des Apothekerwesens hat der Bundesrat beschlossen:

1) daß eine aus Angehörigen verschiedener Bundesstaaten bestehende Kommission von Sachverständigen gebildet werde, welche sich über die Grundsätze für einheitliche Ordnung des Apothekerwesens gutachtfähig zu äußern habe, 2) daß diese Sachverständigen aus Medizinalbeamten, Aerzten und Apothekern, und zwar sowohl Apothekenbesitzern als Nichtbesitzern, zu wählen seien, 3) daß die Zusammensetzung und Berufung der Kommission dem Reichskanzler-Amte mit der Maßgabe zu überlassen sei, daß die verschiedenen in Betracht kommenden Interessen thunlichst berücksichtigt werden, den Bundesregierungen, welche einen besonderen Werth darauf legen, anheim zu geben sei, geeignete Personen dem Reichskanzler-Amte binnen einer Frist von vier Wochen zu bezeichnen; 4) daß die Kosten der Kommission vom Reiche zu tragen seien; 5) daß den Beratungen der Sachverständigen das zur Genehmigung gelangte Programm zu Grunde zu legen sei.

Der bayer. und der württembergische Bevollmächtigte stimmten diesen Beschlüssen unter der Voraussetzung zu, daß ihre Regierungen in der Kommission vertreten sein werden, auch erklärten der hessische und der hamburgische Bevollmächtigte, daß die von ihnen vertretenen Regierungen Werth darauf legen, in der Kommission vertreten zu sein. Die Sachverständigen-Kommission, welche sich über die Grundsätze für einheitliche Ordnung des Apothekerwesens gutachtfähig zu äußern hat, wird in Folge eines Bundesratsbeschlusses beauftragt werden, gleichzeitig die bezüglich der Prüfung der Apotheker bestehenden Vorschriften unter Berücksichtigung der auf Änderung gestellten Anträge einer Begutachtung zu unterwerfen und eventuell über die Formulir-

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 9. Juli. Der Ausgang der Krise in Versailles hat die auch in der "Prov.-Korr." ausgesprochene Erwartung bestätigt, daß es jetzt zu wichtigeren Entscheidungen nicht kommen werde. Und doch ist in einer, freilich negativen Beziehung der parlamentarische Vorgang von großer Bedeutung, nämlich in Betreff der konstatirten

Annahme-Bureau's:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen,
Rudolph Wolf;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Bois;
Haasenstein & Vogler;
in Berlin;
J. Fleiner, Schlossplatz;
in Breslau: Emil Fabrik.

rung der an den bestehenden Vorschriften zu treffenden Änderungen Vorschläge zu machen.

DRC. In Bezug auf die Bemessung des Gemeindebeitrages zur Unterhaltung einer öffentlichen jüdischen Schule hat der Kultusminister in einem Spezialfall sich dahin ausgesprochen, daß neben den Kommunalabgaben der jüdischen Einwohner auch der Beitrag der aus den Kommunalkosten für das Oberschulwesen sonst gemachten Verwendungen und der Erleichterung, welche dem Kommunalwesen aus der Vereinigung der jüdischen Kinder in eine besondere jüdische Schule erwächst, in Betracht zu ziehen und in Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse auf ein billiges Maß festzulegen ist.

Der „Staatsan.“ Nr. 159 publiziert die Verordnung, betreffend die Kantonen der bei dem Auswärtigen Amt, bei der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds und im Bureau des Reichstags angestellten Beamten. Vom 6. Juli 1874. Die Bekanntmachung, betreffend das Verbot des Umlaufs der niederländischen Halbguldenstücke, sowie der österreichischen und ungarischen Viertelguldenstücke. Vom 29. Juni 1874 und die Bekanntmachung, betreffend die Auflösungsetzung der Zweiguldenstücke süddeutscher Währung. Vom 2. Juli 1874.

Kiel, 4. Juli. Man schreibt dem „Hamb.corr.“: Es wird Ihnen erinnerlich sein, daß vor einiger Zeit seitens der schleswig-holsteinischen Geistlichkeit ein Gesuch an den Kaiser eingereicht worden ist, dahin gehend, daß den Geistlichen unserer Provinz die bisher vom dänischen Staat gewährte Beihilfe zur Pfarrpension auch ferner durch den preußischen Staat gewährt werden möge. Dieses Gesuch, welches gegen 500 Unterschriften gefunden hatte, ist nicht ohne Erfolg geblieben. Sicherem Vernehmen nach hat der Kultusminister, dem der Kaiser das Gesuch zur Erledigung überwiesen, restriktiv, die Petirenden seien gänzlich im Irrthum, wenn sie anzunehmen sägten, daß die jetzige Staatsregierung sich von weniger wohlwollenden Gründen leiten ließe, als die vormalig königl. dänische Regierung. Wenn auch ein Recht der schleswig-holsteinischen Geistlichkeit auf Penfion aus Staatsmitteln nicht anerkannt sei, so seien doch Bewilligungen aus Billigkeitsrücksichten auch gegenwärtig nicht unzulässig. Wie es in geeigneten Fällen nicht aufgelösen sein würde, bei der Bemessung des Staatszuschusses die in früheren Zeiten befolgten Prinzipien zu beachten, so könnten auch etwaige beiläufige Anträge jederzeit auf die durch die Verhältnisse des Falles und die zur Disposition stehenden Mittel gebotene Rücksicht rechnen. Das evangelisch-lutherische Konsistorium hat auf Grund dieses seine Bemühung um eine entsprechende Beihilfe zugesagt.

Eisenach 5. Juli. Das Arbeiterverbrüderungsfest hier ist sehr im Sande verlaufen. Wie nun im Gegensatz zu der früheren Mitteilung gemeldet wird, hat der Festredner, Reichstag Abgeordneter Liebnich, in letzter Stunde angezeigt, daß seine Gesundheit ihm nicht erlaube, zu erscheinen, daß auch seine Bemühungen, einen kompetenten Stellvertreter zu schaffen, überall auf abschlagige Antworten gestoßen wären. Ein Festzug von gegen 200 Personen stand statt nach der Ulm, wo einige Redner harmloser Art auftraten; der Zug führte ursprünglich auch eine rothe, einigermaßen verhüllte Fahne, die ihm aber von der Polizei abgenommen wurde. Der designierte Festredner hat übrigens als Entschuldigung für seine späte Abmeldung angeführt, er hätte die Festteilnahme nicht schmäleren wollen.

Strasburg, 6. Juli. Die „Els. Corresp.“ bringt ausführliche Mitteilungen über die mehrfach zur Sprache gekommene Ausschuhr lothringischer Kinder nach Frankreich. Französische Schulbrüder und Schulschwestern hatten dieselbe gewohnmäßig besorgt, und hat sich deshalb das Oberpräsidium veranlaßt gehalten, energische Maßregeln, die nicht freudig genug begrüßt werden können, gegen die Betroffenen zu ergreifen. Es hat die zunächst gravirte Schulschwester ihres Amtes entsetzt und zugleich verkündigt, daß alle, ausländischen Mutterhäusern angehörenden Schulbrüder und Schulschwestern bis spätestens zum Schlusse dieses Jahres aus dem Schuldienste in Elsass-Lothringen zu entfernen sind. Ein rascheres Vorgehen macht der Mangel an Lehrkräften derzeit noch unmöglich. Bezüglich der zu erwartenden Stadtverweiterung schreibt man der „Köln. B.“:

Bekanntlich hat Fürst Bismarck versprochen, sein Möglichstes zu thun, um das zu eng gewordene Korsett der Stadt zu erweitern, d. h. so weit und so bald das Kriegsministerium solches gestalten möchte. Da sind denn nach allen Seiten der Stadt die Hoffnungen auf Ausdehnung in eigener Nähe und zu eigenem Vortheil aufgestiegen, doch trügt vor der Hand die Nordseite den Preis davon. Die neue Ummauerung wird eine Gesamtrichtung nach Nordosten haben und ein neues städtisches Terrain schaffen mehr als doppelt so groß, wie das bisher mit Häusern bebaut. Man scheint von dem früher geplanten Projekte, beim nördlichen Punkte der jetzigen Festungswehr (rechts vom Steintor beim Ausgang aus demselben) zu beginnen, abgegangen zu sein, und der Anfang möchte mit dem äußersten Ende der fau remparts links von jenem Thore zusammenfallen. Von da geht die Befestigungslinie auf den Kirchhof St. Helens bei Schiltigheim zu, fegt nahe südlich von demselben über die Weichenburger Ebaufläche, folgt Anfangs dem dort in östlicher Richtung hinziehenden Hügelstreifen und fegt in fast gerader Linie fortlaufend über den westlichen Arm der Ill auf die Insel Bâcken. Von dieser wird ungefähr die Hälfte in die Stadt gezogen. Von dem Punkte, wo die Umwallung den Rhein-Marekanal erreicht, folgt sie dem letzteren in südöstlicher Richtung bis zur Nähe eines Buffets, den der kleine Rhein dort bildet, geht dann fast südlich bis an den kleinen Rhein und endlich südwestlich zur Citadelle. Die prächtige Orangerie wird demnach in die Stadt fallen, selbst wenn die Umwallung an ihrem nordöstlichen Endpunkte mehr westlich vom Kanal abgeht und, dem dortigen Wasserläufe in südwestlicher Richtung folgend, am nordwestlichen Ende der Citadelle münden würde. Sobald die Pläne ausgearbeitet und vom Kriegsministerium genehmigt sind, soll mit allem Eifer die Ausführung erfolgen.

Versailles, 7. Juli. [Sitzung der Nationalversammlung.] Der Andrang nach Versailles ist heute sehr groß. Die Regierung hat ungewöhnliche Vorsichtsmaßregeln ergriffen; die Garnison der Stadt ist konzentriert und 40 Polizeiagenten befinden sich im versäller Theater, um dem Huisser zu helfen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Nur ein Flügel des Eingangsthores ist geöffnet. Man läßt Niemand herein, der nicht eine Karte hat. Die Tribünen sind schon um 1½ Uhr überfüllt. In der Diplomatenloge befindet sich der Fürst von Hohenlohe, ihm die dänische Gesandtin zur Rechten und der russische Botschafter zur Linken. In der Loge des Marqualls befindet sich der Erzbischof von Sens nebst mehreren anderen Geistlichen. Der Herzog de La Rochefoucauld, der gestern aus London zurückkam, ist ebenfalls anwesend. Vor und nach der Sitzung zirkulieren die verschiedensten Gerüchte über die Haltung des linken Zentrums. Die Hauptmitglieder desselben können, wie gewöhnlich, zu keinem festen Entschluß kommen und unterhandeln mit der Regierung. Um 4 Uhr hielt es, daß Einverständnis zwischen den Zentren sei erzielt worden und man sei über folgende Tagesordnung einig: „Die Versammlung, die darauf hält, für sieben Jahre den Gewalten des Präsidenten der Republik dem Marschall Mac Mahon zu erhalten, geht zur Tagesordnung über.“ Um 2½ Uhr wurde die öffentliche Sitzung eröffnet. Präsident Buffet präfidierte. Er suchte die Diskussion in die Länge zu ziehen, da die Regierung nicht wünscht, daß schon heute die Interpellation Bruns vorkomme, um noch weiter unterhandeln zu können. Die Diskussion über das Gemeindewahlgesetz wurde hierauf fortgesetzt. Niemand hörte auf die Diskussion. Präf. Buffet wurde zuweilen zornig und gebot mehrere Male Schweigen. Zuerst wurde das Amtsentfernen von Brisson verworfen, welches gestern an die Kommission verwiesen worden war, und der Artikel 5 angenommen. Artikel 6 war bereits gestern angenommen worden und zum Artikel 7 übergegangen, welcher verlangt, daß der verfehlte und der verwitterte Wähler mit Kindern zwei Stimmen abgeben sollen. Dieser Artikel wird aber verworfen und dann die Art. 8 und 9, die ohne besonderes Interesse sind, und darauf das ganze Gesetz mit 462 gegen

234 Stimmen angenommen. Man glaubt nun (es ist 5½ Uhr), daß die Interpellation zur Diskussion kommen werde. Dem ist aber nicht so, sondern Daguenet, der Präsident der Initiative-Kommission, welche den Antrag des Herzogs von Broglie vorausgebracht, betreffend die Wiederherstellung der Monarchie zu prüfen hatte, bestieg die Tribüne, um seinen Bericht aufzulegen. Diese Kommission hatte sich um 9 Uhr Morgens versammelt, um den Herzog von Broglie anzuhören, welcher alle Behauptungen des Herzogs von La Rochefoucauld betreffs der Versprechen, welche er (Broglie) bezüglich der Herstellung der Monarchie gemacht haben sollte, läugne. Die Kommission hatte hierauf beschlossen, die Verwerfung des Antrages zu befürworten, ihn für nicht verfassungsgemäß zu erklären und von der Kammer zugleich zu verlangen, daß er nicht mit der Interpellation der äußersten Rechten diskutirt werde. Da man in der Kammer im voraus wußte, welches Manöver ausgeführt werden sollte, so wurde Daguenet mit Rücksicht des Unwillens begrüßt. Der Präsident Buffet ergriff aber Partei für ihn und sagte, man könne jeden Augenblick einen Bericht auflegen. Zugleich kündigte Buffet an, daß man den Vortrag des Berichts verlangt. (Neuer Sturm.) Castel-lane (äußerste Rechte) sprang auf die Tribüne, um den Vortrag des Berichtes zu bekämpfen. Er sagt, der Bericht verwerfe den Antrag und mache ja die Interpellation nutzlos. Man darf aber die Interpellation nicht erlässt. — Buffet fragt nun die Versammlung, ob der Bericht vorgetragen werden soll. Eine erste Abstimmung erklärt er für unsicher. Die zweite Abstimmung ergibt aber eine große Majorität gegen den Vortrag. Die äußerste Rechte, ein Theil der Rechten, der größte Theil des linken Zentrums und die übrige Linke erhebt sich gegen den Vortrag. Ein Theil der Rechten, des rechten Zentrums und der Gruppe Perier (vom linken Zentrum) erheben sich für denselben. Diese Abstimmung ist in so fern wichtig, als sie darauf schließen läßt, daß die Regierung morgen eine Niederlage erleidet wird. Es ist nun 5 Uhr 40 Min. Man verlangt, daß man zur Diskussion der Interpellation übergehe. Andere verlangen die Vertagung auf morgen. Der Präsident läßt ebenfalls abstimmen. Zwei Abstimmungen finden ebenfalls statt, und die Kammer erklärt mit geringer Majorität sich bis morgen vertagen zu wollen. Dieses Votum ist in so fern ohne Bedeutung, als sehr viele Deputirte für Vertagung stimmen, um ihr Diner nicht zu versäumen. Schluss der Sitzung 5 Uhr 35 Minuten.

Aus Rom vom 5. Juli wird der wiener „Presse“ über Chamberlain folgendes geschrieben:

Die Nachrichten aus Frankreich haben im Vatikan die Besorgung erregt, es möchte dem Sohne Napoleon III. gelingen, den Thron seines Vaters zu besteigen. Dem aber zieht man im Vatikan unbedingt die gemäßigte Republik des Herrn Thiers oder des Marschalls Mac Mahon vor. Es ist hier wohl an seinem Orte, daß ich die Beziehungen zwischen Frohsdorf und der römischen Kurie, insfern dieselben bisher dem großen Publikum unbekannt sind, durch ein Faktum erläutere. Der Mann, der hierbei den Unterhändler abgab, ist tot, es war der Kardinal Falcinelli. Derselbe erhielt vor einiger Zeit den Befehl, sich in Frohsdorf zu erkundigen, ob Graf von Chamberlain einem ihm aus dem Vatikan ertheilten Rathe Gehör schenken werde. Die Antwort war nicht befriedigend, denn sie lautete: So sehr, als man in allen Dingen die Weisungen in Sachen der Religion und Moral, die vom Papste und der Kirche ausgehen, ehrfürchtig voll entgegennahmen werde, ebenso sehr danke man für jeden Rath, welcher die Interessen der Bourbonen, deren Haupt der Graf von Chamberlain ist, betreffe, weil solche Niemand auf der Welt besser Kenne, als der selbe. Es handelte sich bei dieser Frage und Antwort um die Fahne. Der Papst nämlich legt derselben durchaus nicht die Wichtigkeit bei, wie der Einsiedler von Frohsdorf. Die Antwort, welche der ehemalige Nunius in Wien nach Rom übermachte, ist der Grund der Zurückhaltung des Vatikans in allen Dingen, welche die Restaurierung der Bourbonen in Frankreich betroffen. Man hat für dieselbe nichts mehr als persönliche Gebete, und dies ist allerdings in der Theorie viel, in der Praxis aber wenig.

London, 7. Juli. Aus Boston wird von einer neuerdings eingetretenen Arbeitersperre berichtet. Bei einer daselbst abgehaltenen Komitesitzung der ländlichen Arbeiter-Association schelte der Sekretär des Vereins mit, daß eine Anzahl Arbeiter in Süd-Lincolnshire entlassen wurde, weil sie in eine Lohnreduktion nicht einwilligen wollten; einer weiteren Anzahl Arbeiter ist — wie auch telegraphisch schon gemeldet — gekündigt worden. Das Komitee beschloß, 100 Arbeiter nach London marschiren zu lassen und hat den Sekretär beauftragt, die hiesigen Handwerkervereine brieflich um eine Unterstützung der beabsichtigten Demonstration zu ersuchen.

Aus Cambridge wird gemeldet, daß die Pächter allem Anschein nach Herren der Lage geworden sind und die ländlichen Arbeiter den Mut zur Fortführung des Strikes verloren haben. Die Farmer verbreiten die Nachricht, daß sie eine Sprengung der Arbeiter-Union keineswegs beabsichtigt haben. Es wäre ihnen einfach um die Beweisführung zu thun gewesen, daß sie auch ohne die Mitglieder dieser Union ihre Güter zu bewirtschaften vermögen; die beträchtliche Anzahl ländlicher Arbeiter, welche der Union nicht angehören, sowie der ungewöhnlich trockne Sommer kamen den Pächtern hierbei zu Gute, so daß das Heumachen keine Störung erlitt. Auch für den Herbst scheinen die Pächter sich vorgesehen zu haben, so daß sämtliche gesperrte Arbeiter dem Pilgerzug ländlicher Arbeiter sich anschließen könnten, ohne die Interessen der Pächter zu gefährden. Die Führer und Leiter der Union fühlen sich geschlagen und die Mitglieder natürlich in noch greifbarerer Weise. Der zur Ausführung gebrachte Pilgerzug sowie die fast übermenschlichen Anstrengungen, welche gemacht werden, um einer ganz kostenfreien Emigration auf die Strümpfe zu helfen, sind die besten Beweise dafür, daß die Leiter der Arbeiter-Union zu der Überzeugung gekommen sind, daß sie auf ein Nachgeben der Suffolk-Pächter nicht rechnen können. Die Erfahrungen der letzten Woche müssen auch den Ungläubigsten überzeugt haben. Trotzdem die Arbeiter den verlangten Lohnauftschlag gänzlich fallen gelassen und sich auf den Rath ihrer Führer, die Mütze in der Hand, zur Arbeit gemeldet hatten, wurden sie in so entschiedener Weise zurückgewiesen, daß auch dem Blindesten die Augen aufgehen musten.

Am letzten Sonnabend trafen in Liverpool 12 Delegirte der in den östlichen Grafschaften gesperrten Arbeiter, von St. Helens kommend, ein. Am gleichen Abend fand unter dem Vorsitz des Herrn Edmund Jones eine Versammlung unter freiem Himmel statt. Der Vorsitzende meldete, daß die Kesselschmiede 500 Pfstr. und die Rheder 50 Pfstr. zu Gunsten der gesperrten Arbeiter ausgeworfen. Die Versammlung sprach den Delegirten ihre Theilnahme aus und veranstaltete eine Kollekte, welche eine nicht unbedeutende Summe ergab.

Im Hyde Park, in der Nähe des bekannten „Reformer Baumes“, fand gestern ein von der Working Mens Parliamentary Association berufenes öffentliches Meeting statt, bei welchem Herr John Rogers den Vorsitz führte. Die Versammlung sprach sich entschieden dahin aus, daß die ländlichen Arbeiter berechtigt seien, der „Union“ beizutreten, und tadelte das Aufstehen der Pächter, welche ihre Arbeiter dem Hungertode nahe bringen, um dieselben zu einem Austritt aus der Union zu nötigen. Ferner sprach sich die Versammlung für eine entschiedene und kräftige Unterstützung der ländlichen Arbeiter aus, und veranstaltete an Ort und Stelle eine Kollekte.

△ Warschau, 7. Juli. [Politische Umtriebe der katholischen Geistlichkeit] Ich teilte gestern mit, daß die katholische Geistlichkeit seit Kurzem von den Polizeibehörden streng bewacht und ihre nur nach Einholung besonderer Erlaubnis gestattet wird, ihre Parochie zu verlassen. Die Veranlassung zu diesen Maßregeln liegt in politischen Wühlereien, welche sich der katholische Clerus unter dem Deckmantel der Religion zu Schulden kommen ließ. Aufklärung über dieselben gibt ein Rundschreiben, welches das Generalkonsistorium der Diözese Kielce-Krakau an die Geistlichkeit dieser Diözese erlassen hat. Das Rundschreiben lautet:

Der Generalgouverneur hat in seinem Reskript vom 7./19. Mai 1874 nach Aufführung folgender Gründe: daß nach den aus verschiedenen Gegenden des Landes eingegangenen sichern Mittheilungen, die Regierung Veranlassung hat, die Geistlichkeit zu tadeln, daß sie die Ablägottesdienste zu politischen Zwecken benütze, dem Volke über die Verfolgungen und Bedrückungen der Kirche seitens Andersgläubiger und weltlicher Prioren predige, daß diese Predigten, welche mit steigendem Eifer, welcher die gewöhnlichen Grenzen überschreitet, gehalten werden und in den Gemüthern des gemeinen Volkes Haß gegen Personen anderer Glaubens und die falsche Überzeugung von der Verfolgung der Geistlichkeit erzeugen, wiewohl die römisch-katholische Kirche hier zu Lande vollständiger Freiheit des Ceremoniells und des staatlichen Rechtes besitzt, demnach die Geistlichkeit kein Grund zu Klagen hat, schließlich daß solche Predigten auf den Kirchhöfen gehalten werden.

Ferner sagt er im Reskript:

Aus diesen hier angeführten Gründen hat der Minister der inneren Angelegenheiten unter dem 16. April den warschauer Generalgouverneur gebeten, eine Verordnung zu erlassen, nach welcher die Kreisbehörden von den Geistlichen, welche einen Rath wünschen, die Benachrichtigung zu verlangen hat, wohin und zu welchem Zwecke sie in fremde Parochien reisen wollen, ferner daß die Erteilung von Pässen auf das Ausserste beschränkt werde und daß der Generalgouverneur verfüge, daß zu Abfassen nur Geistliche aus demselben Dekanat zusammenkommen, auf keinen Fall aber aus einem fremden, noch weniger aber aus einer andern Diözese und daß keine Predigten auf den Kirchhöfen, sondern nur innerhalb der Kirchen gehalten werden. Nachdem der Generalgouverneur solche Verfügung an die Gouverneure erlassen hat, benachrichtigt er davon die Diözesanbehörde mit der Verpflichtung, daß die Geistlichkeit sich danach richte und hieron in Kenntniß gesetzt werde. In Folge dessen geht hiermit der hochwürdigen Geistlichkeit ein solches Reskript zu.

Das Rundschreiben ist von dem Bischof und Diözesanadministrator Kulinski unterschrieben. In dem erwähnten Reskript des Generalgouverneurs an die Gouverneure heißt es u. a.: „Wenn irgend ein Geistlicher aus einer fremden Kirche es wagen sollte, an einem Ablasse Theil zu nehmen, so wird er auf ein Jahr oder noch längere Zeit ins Kloster gestellt und schließlich von seiner Propstei entfernt.“

Lokales und Provinzielles.

Posen, 10. Juli.

— Der „Kurher Poznański“ schreibt: „Nach der Posener Zeitung wiederholen die Blätter, daß bei dem Weihbischof Janiszewski wichtige Papiere mit Beschlag belegt worden sind. Wir versichern noch einmal, daß dies nicht der Fall ist. Die Polizeibeamten belegten eine Anzahl nicht unterzeichneten Dekrete mit Beschlag, was doch nicht die geringste Bedeutung haben kann.“ Wir können dem gegenüber bemerken, daß die Untersuchung nicht allein bei dem Weihbischof Janiszewski, sondern auch bei dem Dechanten Grandjean stattgefunden hat, und daß die Behörde die Schriftstücke, welche bei dem Einen und Andern gefunden worden sind, für gravirend hält.

— Die „N. A. B.“ enthält folgende Mittheilung: „Durch Nr. 245 des russischen Zolltariffs vom 5. Juli 1868 ist die Einfuhr von Windbüchsen und Gewehren, welche ohne Pulver wirken, sowie Rohrstößen, Stöcken und Pfeifenköpfen mit Dolchen, Degen und anderen versteckten Waffen verboten. Neuerdings sind von den kaiserlich russischen Zollbehörden auf Grund dieser Vorschriften auch Revolver, die mit einer Vorschrift zum Schlagen versehen waren, sogenannte Revolvers assommoirs, als verboten betrachtet und konfisziert worden. Es ist deshalb bei der Einfuhr von Waffen nach Russland besondere Vorsicht zu empfehlen und insbesondere räthlich, vor Absendung von Waffen neuerer Konstruktion sich zu vergewissern, daß deren Einfuhr in Russland keinen Schwierigkeiten begegnet. Die kaiserliche Botschaft und das kaiserliche Konsulat in St. Petersburg werden gewiß bereit sein, den deutschen Interessenten in den einzelnen Fällen die erforderliche Auskunft zu ertheilen.“

— Mogilnoer Kreisobligationen. Der „Staatsan.“ publiziert ein Privilegium wegen event. Ausfertigung auf den Inhaber laufender Kreisobligationen (II. Emiss.) des Mogilnoer Kreises. Dasselbe datirt vom 10. Juni 1874 und lautet mit 783,000 Mark Reichswährung.

r. Lehrermangel. An den hiesigen städtischen Schulen fehlen immer noch Lehrkräfte und neue Balkanen sind entstanden durch die Pensionierung des Lehrers Makowicz und den Tod des Lehrers Dukowski; die vakanten Stellen aber zu besetzen, hält außerordentlich schwer, da irgend brauchbare Lehrer heute auch in kleineren Städten und auf dem Lande ein passables Unterkommen finden und nicht selten ein Gehalt erreichen, wie es ihnen in Posen von vornherein kaum geboten wird. Der Lehrermangel ist so groß, daß beispielweise die 19 Abiturienten, welche das Kochminier Seminar in diesen Tagen entlassen hat, sämtlich auch direkt auf Lehrstellen im Reg.-Bez. Posen geschickt worden sind; nur mit großer Mühe ist es der Stadt Posen gelungen, zwei dieser Abiturienten für die hiesigen Schulen zu erhalten.

r. Ein kleiner Strike entstand gestern Nachmittag unter den Erdarbeiten, welche bei den Erdarbeiten für die Brückenpfeiler der Posen-Kreuzburger Bahn an der Warthe beschäftigt sind. Nachdem dieselben in sandigem leichten Boden ca. 15 Fuß ausgegraben hatten, trafen sie auf Wurzeln und schweren Boden, in welchem für denselben Preis weiter zu arbeiten, ihnen nicht behagte; sie forderten nach wenigen Spatenstichen schon eine Erhöhung des Akkordpreises und verließen die Arbeit, als die Arbeitgeber erklärten, es sei unmöglich, noch mehr zu zahlen. Daß die Arbeiter angemessen bezahlt worden sind, geht daraus hervor, daß jeder von ihnen vorgestern trotz einer fast zweistündigen Pause während des Regens doch noch 23 Sgr. 4 Pf. verdient hat.

r. Vor dem Königsthore fiel vor einiger Zeit ein Excess vor, bei dem der Organist einer hiesigen katholischen Kirche die handelnde Person gewesen sein sollte. Die Untersuchung hat herausgestellt, daß der Excess nicht der gedachte Organist, sondern ein anderer Virtuose ist, der sich in einem öffentlichen Lokale Troppe mit seinen Leistungen produziert.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Berlin, 9. Juli. [Börsen-Ursprung] Die Aktien der Centralbank für Genossenschaften werden zufolge beschlossener und publizierter Liquidation von heute, den 9. Juli, ab franco Binsen gehandelt.

DRC. Berlin, 9. Juli. Der Verein von Spiritusfabriken in Deutschland hält Donnerstag, 9. Juli, in dem kleinen Saal des Englischen Hauses seine 21. (4. außerordentliche) Generalversammlung unter dem Vorsitz des Rittergutsbesitzers Herrn Kiepert-Marienfelde. Auf der Tagesordnung der sehr zahlreich besuchten Versammlung stand zunächst der Bericht über die Gründung einer wissenschaftlichen Versuchsstation für Spiritusfabrikation. Der Vorsitzende Herr Kiepert gab einen längeren Ueberblick darüber, wie sich die Angelegenheit seit dem Februar d. J. gestaltet hat. Danach ist die Beteiligung zur Ausführung dieses Planes im Ganzen noch eine ziemlich geringe gewesen; doch hat sich dieselbe in der letzteren Zeit so günstig gestellt, daß gegenwärtig zu dem genannten Zwecke bereits ca. 1930 Thaler zur Verfügung stehen. Es ist nun die Frage entstanden, ob es sich einem früheren Vorschlag gemäß empfiehlt, diese Versuchsstation im Anschluß an die Universität in Halle zu errichten, oder ob nicht Berlin mehr Berlin den Vorzug zu geben sei. Angesehen davon, daß Berlin verschiedene andere Vorteile bietet, ist namentlich zu berücksichtigen, daß Herr Professor Dr. Delbrück hier selbst sich unter den billigsten Bedingungen bereit erklärt hat, eine solche Versuchsstation in Berlin zu errichten und deren Leitung zu übernehmen. Der Vorsitzende knüpft hieran die Erwartung, daß, sobald erst der Anfang zu einem solchen Versuch gemacht worden, die Wichtigkeit einer solchen Station auch sehr bald in weitere Kreise dringen und so ein Einfluß gewinnen werde. Indem er noch mittheilt, daß das Reichskanzleramt ihm in dieser Angelegenheit auf das Bereitwilligste entgegengekommen sei und durch dessen Vermittelung sich bereits im Besitz eines vollständigen Besitzes des färmlichen Brennerei-Deutschlands, welche über 500 Thaler Steuer zahlen, befindet, schlug er zugleich vor, ein Kuratorium zu erwähnen und denselben die weitere Durchführung dieser Angelegenheit zu übertragen.

In der sich hieran schließenden längeren Diskussion erklärten sich sämtliche Redner für Berlin, das sich einerseits wegen seiner großen Bedeutung als Zentrum der Spiritusfabrikation, andererseits aber auch durch die in größerer Zahl vorhandenen Hilfsmittel hierzu empfiehlt. Herr Professor Dr. Märker betonte namentlich, daß man bestrebt sein müsse, von vornherein ein selbständiges Institut zu gründen; der Anfluß an ein schon bestehendes Institut sei bedenklich und könnte leicht zu einer Störung der Arbeiten führen. Herr Dr. Hühn mache den Vorschlag, die wissenschaftliche Station mit einer Versuchsbrennerei, also die Theorie mit der Praxis zu verbinden, weldem Vorschlag jedoch von dem Professor Dr. Märker entchieden widersprochen wurde, da von einer derartigen Versuchsbrennerei kein Erfolg zu erwarten sei. Man müsse sich zwar an die Praxis anlehnen, aber die Versuchsbrennereien müßten die Brennereien der einzelnen Bestiger sein. — Nachdem noch Herr Mankiewicz die Mittheilung gemacht, daß dem Herrn Professor Dr. Delbrück für die zu errichtende Versuchsstation die nötigen Räumlichkeiten u. c. im Gewerbebeum in Aussicht gestellt seien, beschloß die Versammlung: für jetzt noch von der Wahl eines definitiven Kuratoriums Abstand zu nehmen und den Vorstand des Vereins für Spiritusfabrikation mit dem Rechte der Cooptation mit der Wahrung der Geschäfte des neuen Vereins zu beauftragen. — Das provvisorische Kuratorium besteht hier nach aus, den Herren Kiepert-Marienfelde, Bodenstein, Schwarzweller, Professor Dr. Märker und Mankiewicz.

Herauf folgten einige Mittheilungen aus dem Bereiche des Brennereigewerbes durch Herrn Professor Dr. Märker, die sich, da Herr Märker erst vor kurzem von einer Reise nach Italien, die er im Auftrage des Reichskanzleramts unternommen, zurückgekehrt, größtenteils auf seine Erfahrungen in den italienischen Brennereien bezogen und ausschließlich technischer Natur waren. — Nach einigen weiteren Mittheilungen über neuere Beobachtungen und Erfahrungen aus der Praxis der Spiritusfabrikation teilte der Vorsitzende noch mit, daß der Verein mit der Unfallversicherungsgesellschaft in Magdeburg auf 3 Jahre einen Vertrag abgeschlossen hat, über dessen Wirkung die Gesellschaft bis jetzt noch keinen Bericht an den Verein erstattet hat. Dann wurde die Versammlung um 2 Uhr geschlossen und vereinigten sich hierauf die Mitglieder zu einem gemeinsamen Mahle in den Räumen des englischen Hauses.

** Zum Gründerwesen. Die "Magd. Sta." schreibt: Es ist bei dem Ingriß, der nicht bloß in vielen hocharistokratischen Kreisen, sondern auch bei gewissen Finanzmännern gegen den Abgeordneten Lasker herrscht, durchaus nicht wunderbar, daß gegenwärtig eine Nede bedeutendes Aufsehen macht, welche der Direktor der Berliner Centralbank für Industrie und Handel, Herr Professor Löwenfeld, in der letzten Generalversammlung der Eisenbahngesellschaft "Erfurt-Hof-Eger" zu Gunsten der Liquidation dieses Unternehmens gehalten hat. Die Nede, die von gewissen Seiten gesellschaftlich polstert wird, apfeln in einer äußerst scharfen Polemik gegen Herrn Lasker. Herr Löwenfeld wirft Herrn Lasker vor, daß er durch seine Nede dem Lande wirtschaftlich geschadet habe. Er geht davon aus, daß ein Konsortium in der ausgesprochenen Absicht, Geld zu verdienen, dasselbe in die Hand nehme. Herr Löwenfeld setzt aber nun weiter auseinander — wenigstens läuft seine Beweisführung darauf hinaus — daß die Unternehmer nur dann Geld verdienen könnten, wenn die Aktien unter pari ausgegeben werden. Hierin liegt aber die Verwerflichkeit der Sache. Wir tadeln keineswegs, und Herr Lasker thut dies sicherlich nicht, das Bestreben der Unternehmer, mittels der Eisenbahn so viel Geld als möglich zu verdienen; verwerflich sind nur die Manöver, die angewendet werden und angewendet worden sind, um eine Eisenbahn gewinnbringend zu machen, ehe noch eine Schiene gelegt, ein Spatenstich gethan ist. Dagegen war Lasker's Entrüstung gerechtfertigt und mit vollem Recht. Herr Löwenfeld hat sich die Anschanungen seiner finanziellen Freunde so sehr angeeignet, daß er u. A. folgenden charakteristischen Satz leistet: "Herr Lasker verlangt, daß die Staatangehörigen die Gesetze, auch wenn sie umgangen werden können, aus Sittlichkeit nicht umgehen." — Herr Löwenfeld findet dieses Verlangen des Herrn Lasker so außerordentlich, daß er meint, dasselbe wäre unerhörbar, so lange Staaten bestehen. — Wir meinen im Gegentheil, dieses Verlangen ist so natürlich, daß, wenn die Bürger lediglich durch das Strafgezetz abgehalten werden könnten, die Gesetze zu verletzen, Staat und Gesellschaft überhaupt nicht lebensfähig wären.

** Für die Deutschen Reichs-Goldmünzen ist als Kassengours in Österreich-Ungarn folgende Bewertung in Silber österr. Währung festgestellt worden: Für das 20-Markstück 10 fl., für das 10-Markstück 5 fl., für das 5-Markstück 2 fl. 50 kr. Zur Erleichterung des Verkehrs dürfen von nun an bei Zollzahlungen völkwichtige deutsche Goldmünzen zu dem jeweils festgelegten Kassencourse angenommen werden.

** F. Plechner & Co. Verschiedene Blätter bringen Notizen, wonach die Proklamirung des Konkurses dieser Eisenbahnsgesellschaft in den nächsten Tagen zu erwarten stände.

** Paris, 9. Juli. Bankausweis. Bunaheime. 13,816,000 Frs.

Baarvorrath 15,173,000
Notenumlauf 5,151,000

Laufende Rechn. der Privaten 10,652,000
Abnahmen 640,000

Portefeuille der Hauptb. u. d. Filialen 10,652,000
Gesamt-Bor. 14,283,000

Guthaben des Staatschates unverändert.
Schuld des Staatschates

** London, 9. Juli, Abends. Bankausweis. Total-Reserve 10,980,731 Pf. St. Abnahme 858,955 Pf. St. Notenumlauf 27,276,125 = Abnahme 186,210 = Baarvorrath 23,256,856 = Abnahme 672,745 = Portefeuille 18,466,804 = Abnahme 4,081,975 = Guth. d. Priv. 19,964,380 = Abnahme 123,649 = do. d. Staatsch. 5,427,280 = Abnahme 4,278,610 = Notenreserve 10,171,400 = Abnahme 963,460 =

Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven: 42% p.C.

Clearinghouse-Umsatz 116 Millionen, gegen die entsprechende Woche

des Vorjahrs Bunaheime 3 Mill.

** Wien, 9. Juli, Nachmittags. Wochenausweis der gesammten lombardischen Eisenbahn vom 25. Juni bis zum 1. Juli 1,299,985 fl., gegen 1,440,948 fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochen-Mindererstattung 140,963 fl. Bisherige Mindererstattung seit 1. Januar 1,916,749 fl.

** Wien, 9. Juli. Die Einnahmen der franz.-österr. Staatsbahnen betrugen vom 2. bis insl. 5. Juli 303,549 fl.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Walser in Bosen.

Angekommene Fremde vom 10. Juli.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Bierstoc, Otto und Familie und Biermann aus Breslau, Schneider aus Paris, Reinecke aus Weißfleck und Grunberger aus Berlin, Herrmann aus München, Meyer aus Mainz, Hummel aus Liegnitz, Samuel aus Leipzig, von Werner aus Berlin, Lütgen aus Königsberg, Rittergutsbesitzer und Landschaftsrat von Sander aus Charsice, Detonationsrat von Petersen aus Lüttich, Frau Geheime Medizinalräthrin Troschel und Familie aus Berlin, Landrat Tisch und Familie aus Grauden, Frau Rittergutsbesitzer Baarth und Tochter aus Cerekwitz, Leut. Lödahl aus Braunschweig.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Klinser aus Breslau, Braun aus Wien, Cohn aus Hamburg, Kramer aus Aachen, Kiefer aus Liegnitz, Feistel aus Berlin, Lenzsch aus Düsseldorf, Adolf aus Gladbach, Mochnack aus Berlin, Sienowinski aus Katzbach, Frau Rittergutsbesitzerin Kandler aus Barcin, Rittergutsbesitzer v. Bawrenski und Familie aus Babno, Rentier Moritz aus Dresden, Dr. Medicin Böhmann aus Frankfurt, Fabrikant Binder aus Berlin, Inspektor Körner aus Halle.

STERN'S HOTEL DE EUROPE. Die Kaufleute Smachinski aus Bromberg, Göse aus Berlin, Hettich aus Stettin, Hertig aus Danzig, Grünberg aus Breslau, Bürger James aus Inowraclaw, Gutsbesitzer v. Salmierski aus Warthau, Gutsbesitzer von Baeza aus Polen.

HOTEL DE BERLIN. Oberstleutnant i. D. von Hanstein mit Familie aus Bunzlau, Partikular von Goslinowski aus Domrowitz, die Rittergutsbesitzer von Gafinowski aus Sadz, v. Kropinski aus Słomczyce, Karminski aus Wongrowitz, Rentier Köhler aus Berlin, Kaufmann Fromm aus Hannover, die Fabrikanten Merkner aus Kreuz, Deckart aus Frankfurt a. O.

SCHARFFENBERG'S HOTEL. Rittergutsbesitzer Kleinert aus Lataline, Gutsbesitzer Somme aus Libartowo, Posthalter Biesolt aus Stenskwo, die Kaufleute Rottmann aus Wongrowitz, Rottmann aus Klecko, Brüder Maaz aus Stargard in Pommern, Ließschütz aus Berlin.

TILSNFR'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Flatau und Frau aus Breslau, Bernhard aus Breslau, Obst aus Berlin, Kaufmann aus Warthau, Cohn aus Breslau, Berger aus Leipzig, Kreisgerichtsschreiber Meier und Frau aus Roggen.

KEILERS HOTEL. Die Kaufleute Levy aus Breslau, Klosz aus Konin, Oppeler aus Breslau, Silbermann aus Warschau, Dogenberg aus Rüssland, Michelsohn aus Breslau, Ehrenfried aus Breslau, Radt aus Berlin.

HOTEL DE PARIS. Die Kaufleute Kaniewski aus Breslau, Spirko aus Kurnit, Gozesbiewitz aus Kalisz, Gutsbesitzer v. Jarbowitski aus Błotnik, die Detonatoren Blasiewski aus Włoszczowa, Brzezowski aus Orlowo, Gutsbesitzer v. Walsleben aus Kadzir-Domrowitz, Königl. Obersöster Stahr aus Elstelle, Provost Godulski aus Gieczyno, Administrator Drażtowski aus Kostrzyn.

Gewinn-Liste der 1. Klasse 150. k. preuß. Klassen-Lotterie (Nur die Gewinne über 20 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 9. Juli. Bei der heute beendigtenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

97	128	222	24	61	89	303	(50)	7	69	(40)	80	85	444	(40)	533
635	(40)	43	(30)	72	747	53	862	938	55	(30)	96	1040	61	62	111
216	352	545	761	966	(60)	94	98	2290	312	28	44	91	438	82	94
543	46	610	47	770	947	70	(30)	82	93	3017	113	22	74	89	267
376	539	52	71	624	824	4014	(30)	111	52	285	317	(50)	400	41	84
54	88	519	70	764	(60)	827	(30)	99	929	71	5019	26	161	233	89
304	31	(30)	70	466	536	75	90	608	33	38	61	79	743	92	93
49	6062	88	(30)	295	450	69	99	552	(40)	69	79	(50)	602	32	78
712	17	35	857	962	7082	83	92	153	54	272	343	59	(40)	440	(40)
524	39	89	603	63	716	24	77	89	80	8027	109	45	231	34	332
83	497	43	519	48	64	77	628	42	80	705	75	878	79	81	931
9013	129	67	321	66	451	54	58	72	90	545	50	723	30	85	96
940	59	64	88	295	450	69	99	552	(40)	69	79	(50)	602	32	78
10071	110	53	203	16	94	396	(30)	436	78	(30)	86	518	27	55	533
30	71	(30)	778	879	(40)	977	11006	59	128	98	213	(30)	32	39	533
80	351	87	505	13	74	606	17	49	71	87	(30)	90	745	205	30
69	945	(30)	99	12029	65	75	142	99	(30)	211	13	62	86	336	426
513	15	18	32	67	647	55	71	716	34	42	(30)	45	800	18	26
13004	26	87	152	346	417	24	(40)	45	92	(30)	94	502	656	728	89
829	45	46	50	62	918	22	75	14002	(30)	39	97	(30)	100	5	27
246	49	63	68	363	84	88	649	545	80	663	745	54	821	31	58
51	57	15143	(30)	46	62	92	207	9	30	45	(30)	357	58	414	15
68	522	26	92	93	95	96	678	724	52	63	92	821	937	43	45
144	66	265	340	46	(30)	65	414	49	55	572	73	(40)	99		

